

Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2022/0260

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	29.03.2022			

Betreff: Ausführung Haushalt 2022 - Auswirkungen des Krieges in der Ukraine / Jahresabschluss 2021

Mitteilungstext:

Ausführung des Haushalts 2022

Zum Haushaltsjahr 2022 hat der Rat am 15.02.2022 eine Nachtragssatzung beschlossen. Diese wurde mit Schreiben vom 07.03.2022 durch die Kommunalaufsicht genehmigt (vgl. Mitteilungsvorlage 2022/0247) und ist am 11.02.2022 nach Bekanntmachung der Nachtragssatzung in Kraft getreten.

Der Ansatz der Gewerbesteuer für 2022 wurde durch den Nachtrag auf rd. 63 Mio. Euro fortgeschrieben. Das Gewerbesteuersoll der Vorauszahlungen liegt aktuell bei rd. 46,4 Mio. Euro. Nach den Erfahrungswerten der Vorjahre kann der Ansatz hierauf aufbauend durch Abrechnungen der Vorjahre erreicht werden.

Die Kreisumlage wurde im Rahmen des Nachtrags auf Basis des im Entwurf der Nachtragssatzung des Rhein-Sieg-Kreises vorgesehenen Umlagesatzes ermittelt. Sofern ein vorliegender politischer Antrag zur weiteren Absenkung der Kreisumlage Ende März durch den Kreistag beschlossen wird, kann hier mit einer Einsparung von rd. 1,7 Mio. Euro gerechnet werden.

Bei der weiteren Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergibt sich ein besonderes Risiko durch den Krieg in der Ukraine.

Es ist davon auszugehen, dass Unternehmen und Gewerbetreibende in Troisdorf durch die stark steigenden Energie- und Rohstoffpreise und die verhängten Handelssanktionen Gewinneinbußen erleiden. Aktuell liegen noch keine Anträge auf Reduzierung der Gewerbesteuervorauszahlungen vor.

Bei der Einkommensteuer ist durch die angekündigten Steuererleichterungen mit Einbußen zu rechnen.

Durch die steigenden Preise und die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine ist auch mit erhöhten Aufwendungen zu rechnen.

Die Verwaltung akquiriert zur Zeit zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten. Für registrierte Flüchtlinge erhält die Stadt einen Ausgleich nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Ob Mittel aus dem zinsvergünstigten Kreditprogramm der KfW für Investitionen in Flüchtlingsunterkünfte in Anspruch genommen werden können, wird geprüft.

Es wurde Vorsorge getroffen, um die im Zusammenhang mit der Aufnahme von

Flüchtlingen stehenden Aufwendungen gesondert ermitteln zu können.

Aktuell wird noch kein Anlass für eine 2. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2022 gesehen. Die weitere Entwicklung der Haushaltslage wird engmaschig überwacht.

Jahresabschluss 2021

Es ist davon auszugehen, dass der Haushalt 2021 ohne Entnahme aus den Rücklagen ausgeglichen werden kann. Vor Corona-Isolierung ergibt sich nach aktueller Hochrechnung ein Überschuss von rd. 3,5 Mio. Euro.

Die Jahresabschlussarbeiten sind noch nicht abgeschlossen, so dass sich hierzu noch Änderungen ergeben können.

Neben der positiven Entwicklung der Gewerbesteuer ist die Verbesserung des Ergebnisses auch auf Einsparungen im Bereich der Sachaufwendungen zurückzuführen.

Die Erträge der Gewerbesteuer belaufen sich abzüglich Gewerbesteuerumlage auf rd. 70 Mio. Euro. Hierin sind eine einmalige Zahlung von rd. 4 Mio. Euro als Abrechnung für Vorjahre und Nachholeffekte im Bereich der Vorauszahlungen für 2020 enthalten.

Im Ergebnishaushalt sind Ermächtigungen mit einem Volumen von ca. 3,3 Mio. Euro vorzutragen. Dies verbessert den Jahresabschluss 2021 und belastet das Haushaltsjahr 2022. Es handelt sich dabei in erster Linie um Aufwendungen für Gebäudesanierungen und den Medienentwicklungsplan, die sich verzögert haben. Rund 1,1 Mio. Euro entfallen auf das Programm zur Stärkung der Innenstadt. Hier verschieben sich entsprechend auch die Erträge aus der Landeszuweisung.

Im investiven Bereich wurden durch die Fachämter rd. 16,7 Mio. Euro Ermächtigungsübertragungen beantragt. Diese befinden sich zur Zeit in Prüfung. Eine Finanzierung der zusätzlichen Auszahlungen in 2022 ist durch die Übertragung der bisher nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung für das Jahr 2021 sichergestellt.

Das Volumen der Corona-Isolierung wird aktuell in Abstimmung mit den Fachämtern ermittelt. Es wird voraussichtlich zwischen 2 und 3 Mio. Euro liegen.

In Vertretung

Horst Wende
Beigeordneter und Stadtkämmerer